

FERENC GLATZ

Krisen, Erschütterungen und Erneuerungen in den letzten Jahren

Welt, Europa, Karpatenbecken

A) Herausforderungen für die Forschung und die Politik

Das erschütterndste Ereignis des akademischen Jahres 2008-2009 war zweifellos die im Oktober 2008 einbrechende Finanz- bzw. Wirtschaftskrise. Deren Abklingen, so meinen zumindest einige, bereits in spürbare Nähe gerückt sei. Andere sprechen wiederum darüber, dass das Schlimmste noch vor uns liege. Und es wird ebenfalls darüber diskutiert, ob eine Krise ausschließlich finanzieller oder vielmehr allgemein wirtschaftlicher Art über uns eingebrochen sei. Ebenso wird darüber diskutiert, ob es sich hierbei nicht doch um mehr handelt als bloß eine Krise der Wirtschaft? Man spricht über einen allgemeinen Mentalitätswandel, über das Ende der sich in den 1960er Jahren herausgebildeten sog. Konsumgesellschaft, oder zumindest über eine zwingende Korrektur dieser Mentalitätsart. Es wird ebenfalls darüber gesprochen, dass man in die Vergangenheit, bis hin zum Ende des Zweiten Weltkrieges, zurückblicken müsse, um ein besseres Verständnis der gegenwärtigen Lage zu erlangen, somit zur Überprüfung der Prinzipien des Abkommens von Bretton Woods (1944), wo letztendlich die Grundprinzipien der bis heute existierenden kapitalistischen wirtschaftlichen Weltordnung niedergelegt wurden; hierzu gehören u.a. die Gründung der wichtigsten Organisationen des globalen Finanzsystems, somit der Weltbank (WB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Deren Aufgabe ist es die spontanen Reaktionen des globalen Finanzmarktes zu regulieren und in Bahnen zu halten. (Hier soll vermerkt werden, dass diese finanzielle Weltordnung bis heute bestehen blieb. Charakteristisch ist auch, dass eine Vorstudie, die anlässlich des im Juni in Washington zusammengerufenen Wirtschaftsgipfeltreffens der Vereinten Nationen – auch als „zweiter Bretton Woods“ genannt – angefertigt wurde, über eine allgemeine Wertekrise berichtet. Dass das Verhältnis zwischen Mensch und Natur, die ethischen Beziehungen der Gemeinschaften neu überdacht werden müssen; dass bei der Entwicklung der Akzent auf die Nutzung der örtlichen natürlichen Energiequellen gesetzt werden müsse; dass innerhalb der Gesellschaft den örtlichen Kleingemeinschaften größere Zuständigkeiten eingeräumt werden sollen, auch bei der Aufrechterhaltung der Institution der Sozialversorgung.)

Begegnungen

Schriftenreihe des Europa Institutes Budapest, Band 31:139–157.

Egal wie die Diskussion über die gegenwärtigen Prozesse enden wird, wird dieser Kapitalismus nicht das Gleiche sein wie vor 2008. Das Bankenwesen, welches seit 1945 als die zuverlässigste, von Menschenhand geschaffene Wirtschaftsinstitution galt, ist nun ins Schwanken geraten. Und damit ist der Glaube an die Fähigkeit des Marktes zur Selbstkorrektion ebenfalls ins Schwanken geraten. Das Argument hierfür liegt auf der Hand: Es waren die Staatsbudgets der einzelnen Länder, die die Mittel zur Verfügung stellten, um die Privatbanken vor dem Zusammenbruch zu bewahren; davor dass die wenigen Ersparnisse der Bürger nicht verloren gehen. All dies ist auf die unkontrollierte und unkontrollierbare, unbedachte Wirtschaftspolitik der Privatwirtschaftssphäre und der Banken zurückzuführen bzw. auf die Geltendmachung der neoliberalen Ökonomietheorien. (Diese Theorie glaubt fest an das Selbstkorrektionspotential des internationalen Finanzmarktes, und daran, dass die zwischenmenschlichen Beziehungen durch Beziehungen rein finanzieller Art ersetzt werden können; wobei die auf gemeinsame finanzielle Interessen beruhenden Beziehungen letztendlich als maßgebend zu betrachten sind.) Die Intellektuellenschicht der Welt drängt darauf, dass das Verhältnis zwischen dem Staat und dem Markt neu überdacht werden müsse. Sie stellt die Grundlagen des Nachkriegskapitalismus in Frage. Ja, nicht die Ökonomen, sondern eher die Sozialforscher und ein Teil der Politiker; denn sie sind es, die gerade die Verlässlichkeit der Ökonomen in Frage stellen. Denn es sind die leitenden Finanzexperten der Welt, die in den Aufsichtsräten der großen Banken sitzen, und somit für die gegenwärtige Situation mitverantwortlich sind. Aber auch in den Aufsichtsräten der Nationalbanken finden wir die leitenden Finanzexperten der jeweiligen Länder. Wie es denn auch sei: Wir befinden uns wahrscheinlich inmitten einer Korrektionsphase der wirtschaftlichen Weltordnung. Dies möchten wir nur damit ergänzen, dass unserer Meinung nach wir es in den Jahren nach der Jahrtausendwende nicht mit einer, sondern mit mehreren Krisen zu tun haben.

Wir sprechen über vier Krisen, die in raschem Ablauf einander folgten, bzw. über die Notwendigkeit einer Selbstkorrektion der Weltordnung. Erstens: Die Ereignisse vom September 2001 haben die Frage der *globalen Sicherheit*, generell die striktere Aufsicht der Verwaltungs- und Kontrollsysteme auf die Agenda gesetzt. Und wir begannen über eine globale administrative Einheit zu diskutieren.

Zweitens: Die Krise der Bewirtschaftung der natürlichen Energiequellen und der damit verbundene Korrektionszwang. Erst ließen die Erdwissenschaftler ihre Stimmen hören. Dann die Ökologie, welche behauptete: Wenn wir keinen Weltstaat errichten, so wird man die vom Menschen in die Wege geleiteten, die Umwelt verändernden Prozesse kaum mehr kontrollieren können (2005). Dann folgte die Ankündigung der Klimakrise (IPCC Februar 2007). Hierbei wurde mit Sicherheit behauptet: Die globale Erwärmung und der Glashauseffekt seien auf anthropogenen Faktoren zurückzuführen, vor allem auf die Verwendung

von fossilen Energieträgern. Dies führte dazu, dass in der Energieproduktion eine neue Ära einbrach: Es begann eine Aufwertung der sich erneuernden Energiequellen (Sonne, Wasser, Wind) und ebenso der alternativen Energiegrundstoffe (Biomasse). Mit Hinsicht auf die Bewirtschaftung der natürlichen Energiequellen könnte dies in den traditionellen Sektoren eine Kettenreaktion auslösen. Dies würde sich zum einen auf die Agrarwirtschaft, zum andern auf die Wasserbewirtschaftung und die Betriebsorganisation in der Energetik auswirken. Mittlerweile geht es darum, dass diese neue Herausforderung die Produktion der Energiegrundstoffe zum Teil grundlegend verändern und die Agrarwirtschaft vor neue Aufgaben stellen würde. Neben der Lebensmittelherstellung der Bedarf an der Produktion von Energiepflanzen anwachsen wird. Die wirklich Ertrag bringenden Energiepflanzen benötigen aber das Vielfache an Wasser, was bedeutet, dass man mit einem Strukturwandel in der Wasserbewirtschaftung rechnen müsse. (Zu beachten ist hierbei, dass bereits heute der Mangel an Süßwasser auf der Erde vorprognostiziert wird.) Das Jahr 2008 wurde ebenfalls durch konträr wirkende Faktoren geprägt: Die niedrigen Erträge in der Agrarwirtschaft führten das erste Mal seit 25 Jahren zu Problemen in der lokalen Lebensmittelversorgung. Plötzlich finden wir die Lebensmittelproduktion und die Energiegrundstoffproduktion einander gegenüber gestellt. Nicht zu sprechen über die Nutzbarmachung der Wasservorräte. Die Abwertung der interkontinentalen energetischen Betriebsorganisationen hat begonnen: Der ökologische „Fußabdruck“ der aus mehrere Tausend Kilometer Entfernung transportierten Energieträger ist bei Weitem zu tief, somit wendet sich die Aufmerksamkeit den kleinen lokal eingerichteten umweltfreundlichen energetischen Betrieben zu, die sodann an vorderste Stelle treten. (In der Energetik erfolgt durch die immer weitere Anwendung von alternativen Energiequellen ohnehin eine Aufwertung der kleinen und mittelgroßen Betriebe.) Dies hat zur Folge, dass die *ländlichen Räume* ebenfalls aufgewertet werden. Die ländlichen Räume werden somit zu neuen Zentren der gesunden natürlichen Umwelt, der sinnvoll erscheinenden neuen Siedlungssysteme, der traditionellen Lebensmittelherstellung und der Energieproduktion. ...

Drittens: Mittlerweile wurden die erschreckenden Zahlen der *demographischen Entwicklung* veröffentlicht: Die Prognose lautet, dass bis 2030 auf der Erde acht Milliarden Menschen leben werden, wobei mehr als 80% in Gebieten geboren werden, welche außerhalb der vom weißen Menschen bewohnten Teile der Erde liegen. Beginnt sodann eine Migration in Richtung der Gebiete, die sich vorrangig für die Lebensmittelproduktion eignen? Und beginnt sodann eine unerwartet rasche Vermischung der weißen und nicht-weißen menschlichen Gesellschaft? Wir ziehen bereits aus dem 30-5. Jahrtausend v. Chr. Beispiele heran. Als nämlich innerhalb der menschlichen Rasse Neandertaler und Homo Sapiens einander ablösten. Es sind diese nur zum Teil aufgezählten neuen Welttendenzen, die uns dazu bewegen, dass wir die Beziehung zwischen Globalität

und Lokalität neu überdenken. Was wir im Lichte der Weltwirtschaftskrise auch so formulieren könnten: Wenn die vor Ort, also lokale Gemeinschaft der Steuerzahler (der Staat) den globalen Geldmarkt retten muss, so verlangt selbstverständlich die territoriale, regionale Bürgergemeinschaft ebenfalls ein größeres Mitspracherecht bei der Gestaltung der Marktstrukturen, sie wünscht die Bankenwelt, die mit ihrem Geld wirtschaftet, zu kontrollieren oder zu regulieren...

Viertens: Die Krise der Institutionen der menschlichen Gemeinschaft, die jetzt (2008 und 2009) bei den Geldinstitutionen begonnen hat, löst bei der Umgestaltung der menschlichen Beziehungen ebenfalls eine Kettenreaktion aus: in den Beziehungen zwischen Individuum und Gemeinschaft, Individuum und Staat, in den ethnisch-staatsbürgerlichen gemeinschaftlichen Beziehungen...

Und so sehen wir auf dem globalen Buchmarkt einen Zufluss an immer neueren Thematiken, die durch die neuen Weltphänomene impliziert werden. Eine Großzahl an Themen, die die Fachbuchhandlungen bereits jetzt überfluten.

Jede denkende Gemeinschaft sucht ihren Platz innerhalb des neuen Wertsystems, auf dem neuen globalen Markt. Sowohl auf dem wirtschaftlichen, auf dem politischen, aber auch auf dem „demographisch-sozialen“ globalen Markt. (Nur mit diesem letzteren Begriff können wir die mittlerweile offensichtliche intensive Migration bzw. Vermischung beschreiben, die in der Kultur des weißen Menschen erfolgt. Wie dies aber ebenso außerhalb der Welt des weißen Menschen geschieht, im hinteren Indien, in Indien, China, Afrika – diesem Phänomen wird aber von Seiten der „Fachexperten“ unter den weißen Menschen keine Beachtung geschenkt.)

Welche Lebensunterhaltungsmöglichkeiten werden sich in der neuen Welt, in Europa, in Ostmitteleuropa oder gerade in unserer näheren Heimat, für die im Karpatenbecken lebenden Völker, für die hiesigen natürlichen Lebensgemeinschaften bieten? Was bietet uns die neue Weltsituation, welche sind die Anforderungen, die uns gestellt werden? Inwieweit wird dies die Denkweise solcher, durch das wissenschaftliche Interesse verbundene Gemeinschaften, wie das unsrige, beeinflussen, deren prioritäre Aufgabe es ist, die Probleme der lokalen Gemeinschaften in einen europäischen bzw. globalen Kontext zu setzen und zu erforschen?

Im Rahmen der vom Europa Institut Budapest organisierten Konferenzen, der wöchentlichen Arbeitsmittagessen und beim anschließenden Kaffeerrunden oder bei den Werkstattgesprächen waren es diese Gedankengänge, die uns immer von neuem beschäftigten.

Die Reflexionen über diese globalen Tendenzen sind es, die stets unsere Diskussionen über die seit Jahren geführten großen Projekte durchdringen. Wir sind bestrebt die zukünftigen Schwerpunktthematiken des Instituts so zu gestalten, dass Bezugspunkte zu diesen neuen Weltphänomenen entstehen. Sei es die südöstliche Erweiterung der EU oder die neue Nachbarschaftspolitik oder seien es die Donau-Projekte bzw. Projekte zu der Entwicklung des ländlichen Raumes.

B) Forschungsprogramme des Europa Institutes

1. Die südöstliche Erweiterung der EU. Die Bilanz des Balkan-Projektes

Die südöstliche Erweiterung der Europäischen Union kann nicht länger aufgehalten werden. Auch aus diesem Grund müssen sich die Staaten der Europäischen Union die nötigen Kenntnisse über den Balkan aneignen. Dies betrifft die staatlichen Beamten, Politiker, Intellektuellen und Unternehmer, vor allem in den Nachbarstaaten... Nicht zu sprechen von den Beamten der EU und den Abgeordneten, den Funktionären des Europäischen Parlaments. (Was 2004 geschah, soll sich nicht wiederholen. Als nämlich nach der östlichen Erweiterung der EU es sich herausstellte, dass weder Brüssel, noch die einzelnen Staaten angemessen vorbereitet waren und weder über angemessene Europa-Kenntnisse mit Bezug auf die neuen Mitgliedstaaten, noch über entsprechende Kenntnisse zu den Beziehungen dieser Staaten zu ihren Nachbarn verfügten. Genauso wie die EU nicht über angemessene Ostmitteleuropa-Kenntnisse verfügte.) Von diesem Grundprinzip geleitet haben wir im Juni 2004 die Entstehung eines Balkan-Projektes in Budapest initiiert, und dann im Oktober 2005 das Zentrum für Balkanforschung gegründet, in Form eines gemeinsamen „virtuellen“ Institutes des Sozialforschungszentrums der UAW und des Europa Institutes Budapest.

1.1. Welche waren unsere konkreten Zielsetzungen?

Erstens: Wir wünschten ein Forum zu schaffen, wo sich für die Fachexperten der Balkanregion, die Zivilgesellschaft, die Unternehmer, die Diplomaten-Politiker die Möglichkeit bieten würde einander zu treffen und miteinander zu diskutieren. Unser Ziel war es Konferenzen zu organisieren, Publikationen in Papierformat und elektronisch vorzubereiten und zu redigieren. Wir wünschten eine Zeitschrift bzw. eine Buchreihe zu starten. (Weil wir fest daran glauben, dass in der europäischen Politik der Zukunft der Zivilgesellschaft – somit Unternehmer, Intellektuelle – ein vorrangiger Platz eingeräumt werden soll.) Dies ist nämlich das Erbe der langsam in Vergessenheit geratenen klassischen europäischen Werte und gerade dies kann eine der Grundlagen des zukünftigen Europas bilden. Was unsere Kultur von den uns gleichrangigen anderen Kulturen unterscheidet.)

Zweitens: Wir wünschten die weltpolitische Perspektive der ungarischen Mittelklasse zu erweitern. Unserer Meinung nach engte sich während der sowjetischen Besatzung die außenpolitisch-weltpolitische Perspektive der Mittelklasse ein bzw. wurde deformiert: Das Interesse an dem Westen war da, ohne aber regelmäßige Reisen unternehmen zu können, war dieses Interesse eher zufallsbedingt. Und es wurde ebenfalls deformiert, vor allem dadurch, dass das sow-

jetische System das Interesse an den östlich-südöstlichen Regionen erzwingen wollte und somit den Widerstand der Gesellschaft hervorrief. Das Interesse an den östlich-südöstlichen Regionen galt als aufgezwungen, und war eher ein „offizielles“, gelenktes Interesse, das nach dem Systemwandel rasch an Kraft verlor. Jetzt, wo wir Mitglieder der EU sind – so sagten wir 2004 und auch heute – und eine endgültige Entscheidung gefallen ist, dass die Erweiterung der EU in südöstliche Richtung fortgesetzt wird, muss die hiesige öffentliche Meinung aufgerüttelt werden, um zu erkennen, dass die östlich-südöstlichen Nachbarn ebenso wichtig für uns sein können als die westlichen. Für die Investoren vielleicht sogar noch wertvoller und wichtiger.

Drittens: Wir hielten es für eine vorrangige Aufgabe mit Hilfe unseres „zivilwissenschaftlichen“ Potentials die Aufmerksamkeit der politischen Elite auf die Bedeutung der südöstlichen Erweiterung zu lenken. Denn die jeweils amtierenden Regierungen können sich dem Staatsbudget und den Mitteln der kulturell-politischen Anwesenheit bedienen und wesentlich dazu beitragen, dass das wirtschaftliche und kulturelle Interesse geweckt wird.

1.2. Was haben wir in den vergangenen drei Jahren erreicht, und in welche Richtung wünschen wir in Zukunft weiterzugehen?

1. Wir organisieren regelmäßig die Tagungen der Konferenzreihe zum Balkan-Projekt „Vorlesungen über den Balkan“. Im Zeitraum zwischen Oktober 2005 und April 2009 veranstalteten wir 15 Konferenzen. Die Thematik dieser Konferenzen behandelte als erstes die geographischen Begebenheiten der südosteuropäischen Region, sowohl die aufeinander Angewiesenheit als auch die gegensätzlichen Interessen der Völker auf dem Balkan (z.B. ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt). Als Nächstes wurden die politischen bzw. Macht bezogenen Verhältnisse behandelt (z.B. der Zusammenprall der Interessen Russlands und der Großmächte in der Region). Hierauf folgend wurden die Segmente in der Entwicklung der Balkanregion diskutiert, die in Form von Empfehlungen den ungarischen Mittelklassen und der Politik vorgelegt werden können. (Diese beziehen sich auf Minderheitenkonflikte, grenzüberschreitende Projekte zu Wirtschaft und zur Naturgeschichte, wie z.B. die Behandlung der Donau.)

2. Die Konferenzreihe verfügt über eine beinahe feste Zahl an Teilnehmern – 120-160 Personen. Bei den Veranstaltungen sind die am meisten renommierten Balkanexperten anwesend. Immer wieder nehmen Regierungsbeamte der umliegenden Länder an diesen Konferenzen teil, ebenso die Vertreter der ungarischen Regierungsverwaltung sowie die leitenden Experten der Opposition sind ständige Gäste der Veranstaltungen. (Somit gehören zur breiten Palette der Teilnehmer Minister, Staatssekretäre, Botschafter, Institutsleiter und Parlamentsabgeordnete.)

3. Die Balkan-Homepage, die Internetseite des Zentrums für Balkanforschung, wurde gestartet, für die ein eigenes Redaktionskomitee und eine Redaktion aufgestellt wurden. Die Aufgabe der Mitarbeiter ist es in regelmäßigen Zeitabständen Informationen und Materialien auf der Homepage zugänglich zu machen, die somit als eine elektronische Monatszeitschrift fungiert. (Wir konnten die nötigen finanziellen Mittel nicht organisieren und beschaffen, um die elektronische Zeitschrift auch auf Englisch zu publizieren. Dies ist eine unserer zukünftigen Aufgaben. Ab 2010 wird unserer Hoffnung nach die Zeitschrift bereits zweisprachig erscheinen.)

4. Wir veröffentlichen eine Buchreihe mit dem Titel „The EU, Balkan Region and Hungary“. Die ersten zwei Bände der Reihe sind mittlerweile erschienen. 2007 und 2008 publizierten wir die ersten zwei Bände, der jetzige ist nunmehr der Dritte in der Reihe. Die Bände enthalten jeweils die redigierten Fassungen der Referate, die im Rahmen der Konferenzen vorgetragen wurden. Sie wurden bzw. werden in der fremdsprachigen Buchreihe des Europa Institutes Budapest „Begegnungen“ veröffentlicht.

5. Wir haben für das Projekt die nötige finanzielle Grundlage geschaffen: die Grundfinanzierung des Balkan-Projekts erfolgt mit Einbeziehung des Europa Institutes Budapest, der Arbeitsgruppe für Europa-Geschichte bzw. auf der Basis der Vereinbarung zwischen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und der Regierung.

6. Das Redaktionsteam bzw. das Team verantwortlich für die Veranstaltungsorganisation des Projekts – welches als ein virtuelles Institut betätigt wird – wurde aufgestellt. Die Mitarbeiter des Europa Institutes Budapest, des Sozialforschungszentrums (unter Leitung von Ferenc Glatz, Attila Pók, Andrea Antal, Beáta Kiltz) übernehmen die Aufgaben, die mit der Organisation der Konferenzen verbunden sind. Das Redaktionsteam setzt sich zusammen aus den Mitarbeitern des Europa Institutes Budapest bzw. der Arbeitsgruppe für Europa-Geschichte (Ferenc Glatz, Kornélia Burucs und den Fremdsprachenkorrektoren, Rita Besznyák und Beáta Kiltz). Die Redakteure der Homepage sind Mitarbeiter des Europa Institutes Budapest und der Ungarischen Akademie der Wissenschaften unter Leitung von Attila Pók, József Juhász und Andrea Antal. Attila Pók ist verantwortlich für das Projektmanagement, wobei seine Arbeit von Andrea Antal, die als Institutssekretärin tätig ist, unterstützt wird.

Hier sind wir heute, im Sommer 2009 angelangt. Die Leitung des Projekts hat den Programmplan der kommenden zwei Jahre ausgearbeitet. Durch unsere erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen haben wir die nötigen Mittel beschaffen können. Die Fortsetzung des Projektes setzt sich *die Erweiterung der Thematik* zum Ziel. Zum einen sollen die einzelnen Länder vorgestellt werden. Zum anderen soll festgestellt werden, wie sich die Weltkrise auf die weltwirtschaftlich-weltpolitische Stellung der Region ausgewirkt hat, inwieweit die Krise die Beziehungen der Balkanländer zu der ostmitteleuropäischen Region beein-

flusst hat. Die Diskussion über die grenzüberschreitenden Prozesse soll fortgesetzt werden, wobei die Möglichkeiten der Donau- bzw. Regionalentwicklung (die Entwicklung des ländlichen Raumes in den Grenzgebieten) prioritär behandelt werden sollen. Der Veröffentlichung der Buchreihe folgend soll die Homepage in *englischer Sprache* zugänglich gemacht werden. *Wir wünschen die Rahmenbedingungen für einen kontinuierlichen Dialog zwischen Experten und Politikern zu schaffen.* Die Betreuung der bisher erfolgreichen Institutionen (Konferenzen, Buchreihe, Homepage) soll fortgesetzt werden bzw. mit der Veranstaltung von „Werkstattkonferenzen“ ergänzt werden. Im Rahmen dieser Werkstattkonferenzen sollen Balkanforscher eingeladen werden, um jeweils einen aktuellen Fragenkreis zu diskutieren. Die Materialien dieser Veranstaltungen werden dann auf der Homepage veröffentlicht. Wir wünschen unsere Tätigkeit in Verbindung mit der Zeitschriftenpublikation weiter auszudehnen. Im weiteren starten wir in der Zeitschrift „História“ eine Rubrik zur „Geschichte des Balkans“ bzw. redigieren jährlich eine Ausgabe der Zeitschrift „Ezredforduló“ (Jahrtausendwende).

In der neuen Zeitschrift „Dialog für den ländlichen Raum“ haben wir eine regelmäßig veröffentlichte Rubrik eingerichtet, die die Interessen der vorrangigen Förderung der Grenzgebiete vor Augen haltend, über die grenzüberschreitenden Initiativen in den ländlichen Räumen der südosteuropäischen Region berichtet.

2. Die gemeinsamen Interessen der ostmitteleuropäischen Regionen in der EU

Wir machen uns Gedanken über die Zukunft der ostmitteleuropäischen Region. Tausende, Zehntausende von uns. Wobei jeder seine eigene Perspektive und Kenntnisse vermittelt.

„Im Leben dieser Region gibt es zum ersten Mal in den vergangenen 150 Jahren mehr gemeinsame Interessen als Interessenunterschiede“ – so sagten wir, als wir die östliche Erweiterung der Europäischen Union mitverfolgten. „Die hier lebenden Staaten der kleinen Nationen sollten nunmehr innerhalb der Europäischen Union ihre gemeinsamen regionalen Interessen auch gemeinsam formulieren.“ Die Umriss dieser gemeinsamen Interessen zeichneten wir wie folgt auf.

Erstens: Die Nutzung unserer gemeinsamen Begebenheiten hinsichtlich der natürlichen Ressourcen der Region auf dem Weltmarkt. (Hierzu gehören u.a. die Lebensmittelherstellung, das durch die regionale Vielfalt gebotene Potential des Tourismus usw.)

Zweitens: Die Völker der Region können eine Vermittlerrolle übernehmen – wie dies vom 10. bis 19. Jahrhundert geschah – zwischen den im östlichen und westlichen Teilen Europas lebenden Völkern. (Es bieten sich hierfür die großen Wasser Routen – Donau – und die ausgedehnten kontinentalen Landrouten an –

im Norden die Route Berlin-Moskau; die von Osten nach Westen verlaufenden Passagen, die durch den Karpatenbecken führen; der südöstliche Durchgang, der in Richtung des Balkans führt.)

Drittens: Die Erweiterung der europäischen Integration verläuft in südöstliche Richtung, zum östlichen Teil des Mittelmeerraumes. Zu einem sind es die neuen Welthandelszentren (China, Indien usw.) im Fernen Osten, die zur wachsenden handelsstrategischen Bedeutung der Balkanregion und ihrer Küstengebiete führen. Zum anderen wird die Verbreitung des Islams in nordwestliche Richtung für lange Zeit die Berührungslinie zwischen den zwei Kulturen auf den Balkan hin verlegen.

Im Laufe der Geschichte entstanden zahlreiche solche regionalen Interessengemeinschaften – so sagten wir – und auch heute sehen wir Beispiele hierfür, so z.B. unter den Völkern, die entlang der südeuropäischen Meeresküste leben oder unter den Völkern Skandinaviens.

Unseren Gedankengang fortführend kommen wir zu den folgenden Kernpunkten unserer Ausführung. Es ist zu befürchten, dass die Interessengemeinschaft in der ostmitteleuropäischen Region aus dem Grund nicht geltend gemacht werden kann, weil in den vergangenen 150 Jahren die ethnische Vielfalt in der Region zur Institutionalisierung der nationalstaatlichen Gegensätze geführt hat. Es bieten sich zwei Terrains für die Auflösung der Gegensätze an: die Initialisierung einer *neuen Nachbarschaftspolitik* und die Bereitschaft sich für das Überdenken der *Minderheitenpolitik* in der Region einzusetzen.

2.1. *Neue Nachbarschaftspolitik*

Es kam wiederholt zum Zusammenprallen der Interessen der kleinnationalen Mittelklassen in der Region, was teilweise dazu beitrug, dass zwei Weltkriege in Europa ausbrachen. Das sowjetische System (1945-1990) fegte diese Gegensätze für eine Zeit unter den Teppich. Zum einen wurden die kleinnationalen Nationalismen mit Gewalt unterdrückt, zum anderen sollte eine neue Interessengemeinschaft auf der Grundlage einer falschen Ideologie – die Ideologie des proletarischen Internationalismus – geschaffen werden. Etwas, was letztendlich scheiterte und zwar teilweise aus dem Grund, weil das sowjetische System 1990 zusammenbrach. Nachdem das sowjetische System zusammengebrochen war, entfachten in den kleinnationalen Staaten die Nationalismen mit neuer Kraft. Die hiesigen kleinen Völker empfanden die sowjetische Besatzung – mit Recht – als die Unterdrückung ihrer nationalen Identität. Nachdem dieser Druck gewichen war, so gelangten die alten Nationalismen wieder an die Oberfläche und wurden als ein Ausdruck der Freiheit neu erlebt. Sollte das Denken der in der Region lebenden Völker von Emotionen starker nationalistischer Prägung ergriffen werden, so wird dies das Erkennen der gemeinsamen Interessen wesentlich beeinträchtigen.

Auch aus diesem Grunde betrachteten wir es als unsere Aufgabe ein Programm der neuen Nachbarschaft zu starten. (Seit der Gründung des Europa Institutes Budapest 1990 betrachten wir die Förderung der Auflösung der nationalen Konflikte in der Region als unsere wichtige Aufgabe.) Wir wünschen die Kooperation zwischen den Intellektuellen und Politikern der Region durch die Organisation von Konferenzen, Publikationen und Errichtung von gemeinsamen Institutionen zu unterstützen. Und wir wollen die Wunden wieder aufreißen und von neuem heilen; Wunden, die die hier lebenden Völker einander in den vergangenen 300 Jahren zugefügt haben. Denken wir nur an die im Laufe der Habsburg-ungarischen Kriege begangenen serbisch-ungarischen Massenmorde zu Anfang der 1700 Jahre, bzw. an das Weiterleben dieser Ereignisse in den Erinnerungen der Menschen, oder später an die während des Freiheitskampfes von 1848-1849 geführten Kriege zwischen Ungarn und Slowaken, Ungarn und Rumänen, Ungarn und Serben. Diesen folgte dann der Friedensschluss nach dem Ersten Weltkrieg. Das Auseinanderreißen des historischen Ungarns fügte im Denken und in der Gefühlswelt des Ungarntums Wunden zu, die bis heute nicht verheilt sind. Dann folgte der Zweite Weltkrieg, die Grenzziehungen, die Aussiedlung von Nationen, die kollektive Verantwortungsziehung; Aussiedlungen, welche durch die wohl bekannten kollektiven Verwüstungen, die sich gegen die jüdische Bevölkerung der Region richteten, noch weiter verschlimmert wurden. Unsere These lautet: Die Auflösung der auf nationalen Gegensätzen beruhenden Konflikte muss mit der gemeinsamen Diskussion der strittigen historischen Fragen begonnen werden. So wurde 2007 das Programm der Neuen Nachbarschaft ins Leben gerufen.

Im Rahmen der Veranstaltungen dieses Programms setzten bzw. setzen sich slowakische, rumänische, ungarische, österreichische Professoren an einen Tisch, um die sog. prekären Fragen des 20. Jahrhunderts, die sich auf die Gegenwart auswirken, zu diskutieren. Das detaillierte Programm hierzu wurde bereits im vergangenen Jahr vorgelegt. Den nächsten Kapiteln des diesjährigen Berichtes können weitere Informationen zu den diesjährigen Veranstaltungen dieses Programms entnommen werden.

Im Weiteren zählen wir die im akademischen Jahr 2008-2009 im Rahmen des Programms der Neuen Nachbarschaft organisierten Veranstaltungen in chronologischer Reihenfolge auf:

26–27. Juni 2008: Die historische Problematik in Verbindung mit der Auflösung der Habsburger Monarchie (1918-1920) und die bis heute präsenten Spannungsfelder.

4. Dezember 2008: Die slowakischen, rumänischen und südslawischen Vorstellungen zur Aufspaltung des historischen Ungarns, die Beurteilungen dieser Vorstellungen in der heutigen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Denken.

24. September 2009: Die sozialen und politischen Konflikte des Jahres 1919.

2.2. Die Minderheitenpolitik im neuen Kontext

Die nationalen Konflikte der ostmitteleuropäischen Region bilden den Ausgangspunkt der zwischen den hiesigen Staaten bestehenden Gegensätze. Nunmehr seit 1920, seit der Errichtung der kleinen Nationalstaaten in der Region. Dies ist wohl bekannt. Jegliche Konflikte anderer Art, die zwischen den Staaten der Region an die Oberfläche gelangten, konnten stets mehr oder weniger mühelos überbrückt werden. (Sei es die Rede von Konflikten, die auf gegensätzliche wirtschaftliche Interessen beruhten, oder die Zugehörigkeit der Nationen zu der einen oder anderen weltpolitischen Machtgruppierungen usw.) Es ist ebenfalls bekannt, dass die Versuche die nationalen Konflikte aufzulösen immer gescheitert sind: in Folge der nationalstaatlichen „Neuordnung“ von 1920 bildeten sich in den neuen Nationalstaaten zahlreiche kleine Gruppen, die auf Grund ihrer nationalen Zugehörigkeit nunmehr im neuen Staat eine Minderheit bildeten. Gleichzeitig entstanden aber auch drei große – mehrere Millionen Personen zählende – nationale Minderheitengruppen: Deutsche, Ungarn, Juden. (Somit fanden sich diese Gruppen innerhalb den neu gezogenen Grenzen der Nationalstaaten als nationale Minderheiten wieder. Nicht zu sprechen von den kleineren Gruppen – Russen, Litauer, Slowaken, Rumänen.) Betrachtet man nun die drei großen Minderheitengruppen, so fielen ein Teil der Juden dem Faschismus zum Opfer, während nach 1945 die Großzahl der Deutschen von der vorherrschenden Demokratie der Nachkriegszeit ausgesiedelt wurde. Übrig blieb die dritte zahlenmäßig bedeutende Gruppe, das – 2 Millionen Personen zählende – Ungarntum. Sowohl in der Tschechoslowakei, in Rumänien, in der Ukraine und in Jugoslawien.

Das sowjetische System war – wie bekannt – bestrebt auf Grundlage der Weltanschauung (die „Einheit des sozialistischen Lagers“) die nationalen Konflikte zurückzudrängen. (Heute sehen wir, dass dieses Bestreben nicht ganz erfolglos blieb, da die Ungarn in Rumänien Autonomie erhielten, in Jugoslawien jede Minderheit ihre Muttersprache auf der Ebene des Individuums – im Schulunterricht, vor Gericht, in der Verwaltung – benutzen durfte.) Nach dem Systemwandel (1990) rissen aber die Zügel, die bislang die national geprägten Emotionen der Mehrheitsnationen in Bahnen hielten. Es gibt heute keine internationale Regelungsinstanz, die innerhalb einem Staat der Geltendmachung der Interessen der Mittelklassen der dort lebenden Mehrheitsnation Grenzen setzen könnte. Die in 1992 entstandene Europäische Union veröffentlicht zwar Empfehlungen zum Schutze der sprachlichen Kultur der Minderheiten, aber Empfehlungen sind nicht verbindlich und es gibt keine Lösungsvorschläge für die konkreten, individuellen Problemfälle.

Das Europa Institut Budapest hat sich seit seiner Gründung die Förderung der Auflösung von minderheitspolitischen Konflikten zum Ziel gesetzt. Einer der wichtigen Aspekte der Neuen Nachbarschaftspolitik – neben der Auflocke-

rung der historisch verwurzelten Spannungen – ist die Diskussion der aktuell aufkommenden Konflikte der Minderheitenpolitik und die Ausarbeitung von konkreten Lösungsansätzen. Der Vorschlag des Institutes lautete 1992: Die Staaten der Region sollen ein Verhaltenskodex annehmen, welches sich auf die Behandlung der auf ihrem Staatsgebiet lebenden nationalen Kollektive bezieht. (Dieses Verhaltenskodex wurde auf Englisch, Deutsch, Slowakisch, Rumänisch und Ungarisch übersetzt und in insgesamt 45.000 Exemplaren publiziert. Es bildete einen Bestandteil der in den vergangenen 16 Jahren geführten Diskussionen zur Minderheitenpolitik, mehrere Ansätze dieses Materials werden auch heute noch in den Nachbarstaaten angewandt.) Die Frage nach 2007 lautete: Inwieweit bedarf es hinsichtlich der Minderheitenpolitik Änderungen in der neuen Umgebung, innerhalb der Europäischen Union? Was bietet die Integration und welche Anforderungen werden gestellt?

Am 8. Juli 2008 luden wir die Vorsitzenden der erfolgreichen ungarischen Parteien der Nachbarstaaten ein. Wir erarbeiteten eine Reihe von Vorschlägen, die wir in einer Pressemitteilung veröffentlichten, und die wir diesem Bericht beilegen. Unsere Ausgangsthese lautete: Neben der Ausarbeitung und Geltendmachung von national-ethnischen Minderheitenrechten sollen ebenfalls die Fachpolitiken, die einen Bezugspunkt zu Minderheitenfragen haben, angezielt werden. Es sollen hinsichtlich der Schulpolitik, der Wirtschafts- und Siedlungspolitik der Siedlungsgebiete der Minderheiten Programme erstellt werden bzw. es sollen in Verbindung mit dem Verkehrs- und Transportmöglichkeiten, die Sozialleistungsstruktur, die Infrastruktur der von Minderheiten bewohnten Siedlungsgebiete Maßnahmen erarbeitet werden. (S. pp. 233-243.)

Das zweite Treffen ist für den Herbst 2009 geplant. Das Ziel der Unterredung ist es eine Bilanz der Minderheitenpolitik der Jahre seit dem Systemwandel zu ziehen und die Grundprinzipien des Treffens im Vorjahr weiter auszuarbeiten.

3. Wasserbewirtschaftung im Karpatenbecken

2008 wurde in Folge der einsetzenden Weltwirtschafts- und Umweltkrisen die Aufmerksamkeit noch deutlicher darauf gelenkt, welche Bedeutung dem Wasser und den Wasserbeständen beizumessen sei. Daran wird sich auch in den kommenden Jahrzehnten nichts ändern. Es wurde erst jetzt offensichtlich, dass die zwischen Februar und Juli 2007 angekündigten Szenarios zum Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten die weltweit bestehenden Produktions- und Verbraucherstrukturen verändern werden. Sowohl in der euroatlantischen Zone als auch in anderen Gebieten der Welt. In Folge der Erwärmung der Erde werden in verschiedenen Teilen der Welt Dürreregionen von bislang nicht voraussehbarer Ausdehnung entstehen. Und das bedeutet, dass das Wasser bei der Lebensmittelproduktion und bei der Gewährleistung der nötigen Wohnbedingungen eine weit bedeutendere Rolle spielen wird als jemals zuvor.

Die mit dem Klimawandel verbundenen Krisensituationen in der Energetik verweisen ebenfalls auf die in Zukunft noch prägnantere Rolle des Wassers. Sowohl in der Produktion der Energiegrundstoffe als auch in der Energieindustrie. Sollte die Aushebung der fossilen Energieträger gesenkt werden müssen, so muss selbstverständlich die Produktion der erneuernden Energiequellen (Sonne, Wind, Wasser), der geothermischen Energie und der Biomasse gesteigert werden. Es ist diese letztere Energiequelle, in die in verschiedenen Teilen der Welt enorme Erwartungen gesetzt werden. Man wird sich aber erst jetzt bewusst, dass für die Herstellung einer für die energetische Verwendung ertragsreicheren Biomasse als die jetzige, ausgedehnte Irrigationssysteme und größere Mengen an Wasser benötigt werden. Bei der Umstrukturierung der Energieindustrie ist die Pluralität das herrschende Prinzip: an Seite der Jahrzehnte langen einseitigen Präferenz der großen energetischen Systeme, wächst die Bedeutung der kleinen und mittelgroßen Betriebe und der immer umfangreicheren Nutzung der lokalen natürlichen Energiequellen. Das Vorhandensein der benötigten Wasserressourcen ist in fast jeder Kleinregion maßgebend für die Errichtung von lokalen alternativen energetischen Betriebsstrukturen.

Aber 2008 war auch das Jahr als nach zwanzig Jahren das erste Mal die Welt in Angst und Schrecken versetzt wurde darüber, dass es in Zukunft wieder weltweit zu einem Lebensmittelmangel kommen könne. Die diesjährige Dürre, die die Ernteerträge der Getreidepflanzen stark zurückfallen ließ, und die demographischen Vorhersagen über das Bevölkerungswachstum der Erde sind zwei Komponenten, auf Grund deren mit großer Wahrscheinlichkeit vorausgesagt werden kann, dass dreißig Jahre nach 2030-2050 in verschiedenen Teilen der Welt örtlicher Lebensmittelmangel auftreten wird. Das prognostizierte Bevölkerungswachstum (bei einem Anstieg der gesamten Bevölkerungszahl der Erde auf 8 bzw. 10 Milliarden) sowie die Tatsache, dass 80-90% der Neugeborenen außerhalb der euroatlantischen Region die Welt erblicken werden, verleiten uns zu bisher ungeahnten Szenarios, die von der Bewältigung transkontinentaler Migrationswellen bzw. örtlicher Lebensmittel- und Trinkwassermangel handeln. Und es war ebenfalls im vergangenen Jahr, als die Welt begann die früheren Warnungen der Ökologen über eine bedeutende Gefahr ernst zu nehmen: das tragische Anwachsen des ökologischen Fußabdrucks der Produkte, die zum alltäglichen Leben benötigt werden. Und zwar, dass die Benutzung der in den vergangenen Jahrzehnten entwickelten Transportsysteme bei der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die pro Lebensmitteleinheit gerechneten sog. Emissionswerte der am meisten Umwelt schädigenden Nebenprodukte tragisch ansteigen lassen. (Hierbei handelt es sich vor allem um die Emission von Nebenprodukten der fossilen Energieträger, die durch die Benutzung dieser Transportsysteme entstehen.) Auch aus diesem Grund wird die Bedeutung der Lebensmittelversorgung auf lokaler Ebene stark ansteigen. Und weltweit wird sich die Lebensmittelindustrie erst jetzt bewusst, wie viele Tausend oder Zehntausend

Liter Wasser, in Form von Regen oder durch Irrigation, für die Herstellung von ein Kilogramm Brot oder gar Fleisch benötigt werden.

Somit ist es nicht verwunderlich, dass in allen Ländern der Welt die weitblickenden Forscher und Ingenieure ernster als jemals zuvor versuchen die bestehenden lokalen Wasserressourcen aufzulisten und zu erfassen (sowohl die über und unter der Erdoberfläche bestehenden Wassermengen). Und sie wenden sich gleichen Ernstes der Frage der Gewährleistung der benötigten Mengen an Wasser bzw. der Wasserbewirtschaftung zu. Sie sprechen immer öfters über Stauvorhaben der übermäßigen Wassermengen in den reichen Wassereinflussgebieten. Und sie schließen nicht aus, dass neben dem Kampf um die traditionellen Energiegrundstoffe, der Kampf um das Wasser bzw. die Wasserressourcen der zweitwichtigste Grund sein wird, wofür in den kommenden Jahrzehnten sogar Kriege bzw. Weltkriege ausbrechen könnten. Somit ist es nur natürlich, dass die Aufmerksamkeit der Forscher, deren Fachgebiet die Wasserbewirtschaftung des Karpatenbeckens ist, sowie der Fachadministration zur Wasserbewirtschaftung auf die lokale Präsenz und lokale Auswirkung dieser Welttendenzen konzentriert.

Das Europa Institut Budapest sowie die Arbeitsgemeinschaft der akademischen Institute verfolgten diese Tendenzen mit Aufmerksamkeit und arbeiteten einen entsprechenden Arbeitsplan aus, der auf die Erfassung dieser Tendenzen auf lokaler Ebene „zugespitzt“ ist. Wir beachteten hierbei ebenfalls über welche Potentiale das Karpatenbecken, als Wassereinzugs- und Wassernutzungsgebiet, verfügt um die weltwirtschaftliche Rolle der Region zu fördern. Und wir beachteten selbstverständlich mit gleicher Umsicht, dass die Verwaltungssysteme (die Staaten) im Karpatenbecken gerade in diesem Jahrzehnt Mitglied der Europäischen Union wurden. Das bedeutet: Zum ersten Mal seit 1918 bietet sich die Gelegenheit, dass das Becken als Wassereinzugsgebiet und als Wasserverwendungsgebiet mit Hinsicht auf das Fachverwaltungswesen als eine einheitliche oder zumindest kompatible Region auftritt. Die Wasserbewirtschaftungspolitik Ungarns kann ohne Vorkenntnisse über die Wasserbewirtschaftungspolitik der Nachbarländer, ohne sogar eine Zwangskooperation mit den benachbarten Staaten auf diesem Gebiet, nicht behandelt werden. Und es musste ebenfalls bedacht werden, welche Anforderungen die Wasserrahmenrichtlinie der EU mit Bezug auf unsere Region, und somit auf die Mitgliedstaaten der EU in dieser Region, stellt. Ebenso aufmerksam – wie bereits in den Vorjahren – wandten wir uns dem wichtigsten „europäischen Korridor“ der Region zu, der Donau.

Und noch eins. Ungarn wird – gemeinsam mit Spanien und Belgien – 2011 die EU-Präsidentschaft übernehmen. Aus diesem Anlass müssen die wichtigsten Grundthesen formuliert werden, die während der Präsidentschaft aktiv gefördert werden sollen, und deren Förderung den Interessen des ungarischen Staates bzw. der Region dient. Bereits im Vorjahr konnte ein Konsens unter den intellektuellen und politischen Gruppierungen (den politischen „Wagenburgen“)

erreicht werden, der darauf abzielte, dass im Jahr 2011 das Wasser und die Wasserbewirtschaftung zum zentralen Thema ernannt werden soll. Dies liegt vor allem im Interesse, zur Geltendmachung der Interessen, von Spanien und Ungarn – um es genauer auszudrücken im Interesse der iberischen Halbinsel und des Karpatenbeckens. Beim Projekt „Wasserbewirtschaftung im Karpatenbecken“ haben wir bereits die Vorbereitungen für die Erarbeitung eines Wasserbewirtschaftungskonzeptes für das Jahr 2011 begonnen.

Die im Rahmen des Projekts organisierten Veranstaltungen:

1. Konferenzen (27. November 2008; 16. Juni 2009)
2. Beginn der Arbeit zur Erstellung einer übergreifenden Geschichte der Wasserbewirtschaftung und Wasserpolitik im Karpatenbecken (Starten einer Artikelreihe in der Zeitschrift „História“ bzw. Zusammenstellung einer Chronologie zur Wasserbewirtschaftung in den Jahren zwischen 1945 und 2007).
3. Werkstattkonferenzen (24. Juni 2008; 27. November 2008; 26. Februar 2009; 17. März 2009; 8. Mai 2009)

4. Die Förderung der ländlichen Räume in der EU und im Karpatenbecken

Als die Europäische Union zwischen 2007-2013 zu den Europa-Plänen der Nationalstaaten Stellung nahm, erbat sie von den Mitgliedstaaten, neben der Erstellung der Nationalen Entwicklungspläne, ebenfalls die Erstellung eines unabhängigen Nationalen Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum. Somit erhob die EU den Bereich der Entwicklung des ländlichen Raumes zur vorrangigen Aufgabe der Nationalstaaten. Sie stellte hierzu aus dem EU-Budget bedeutende Mittel für die Ausarbeitung von neuen Fachpolitiken bereit. Darauf folgend veröffentlichte die EU am 20. September 2005 eine Verfügung, in der das Folgende deklariert wurde: Die einzelnen Nationalstaaten sollen Nationale Netzwerke für den ländlichen Raum errichten, und die Vertreter des öffentlichen Zivillebens und der politischen Verwaltung sollen in diesen Netzwerken der jeweiligen Staaten Sitze bekommen. 2006 wurde dann das Europäische Netzwerk für den ländlichen Raum errichtet, die die Tätigkeit der Netzwerke der Nationalstaaten koordiniert. Damit machte die EU nicht nur die neue Fachpolitik, die Entwicklung des ländlichen Raumes, zu einer staatlichen Aufgabe (wie dies bereits mit dem Umweltschutz geschah), sondern eröffnete ebenfalls Wege für die Einführung von neuen Methoden bei der Betreibung von Politik: die Berufspolitiker wurden mit der Zivilgesellschaft – Unternehmern und Wirtschaftsakteuren, Intellektuellen – an einen Tisch gesetzt. Bis zum 31. Dezember 2008 mussten in den Mitgliedstaaten solche Netzwerke errichtet werden.

In Ungarn wurde am 2. Dezember 2008 das Ungarische Nationale Netzwerk für den ländlichen Raum aufgestellt und meine Person wurde zum Präsidenten

gewählt. Unter den von mir gestellten Voraussetzungen stand an erster Stelle, dass wir ein solches Netzwerk erstellen und eine solche Politik für den ländlichen Raum betreiben können, die – neben der Anpassung an die europäischen Normen – über die gegenwärtigen Zielsetzungen der EU hinausgehen. Während meiner Meinung nach die Entwicklungsprogramme der EU für den ländlichen Raum in erster Linie – und das sehen wir auch auf Grund der Verfügung von September 2005 – auf den Aspekten der traditionellen Agrarpolitik basieren, so betrachte ich die Entwicklung des ländlichen Raumes als ein Terrain der „Regional“-Entwicklung, als einen Bereich, der breitere Gebiete umfasst als die Agrarentwicklung an sich. Und sie ist vor allem eine umfassendere, eine weiter ausgefächerte Tätigkeit als die Lebensmittelproduktion. Die Politik für den ländlichen Raum soll somit als eine komplexe Regionalentwicklung verstanden werden, die über die Lebensmittelproduktion und die Landschaftsbewirtschaftung hinausgehend, die Sektoren der Industrie, der Bildung, der Infrastruktur, usw. umfasst. Sowohl die Regierung als auch die Opposition im ungarischen Parlament stimmten dem vorgelegten Konzept zu.

Das Europa Institut Budapest hat sich bereit erklärt, die Geschichte und Entwicklung der europäischen Politik für den ländlichen Raum zu erarbeiten und das Monitoring dieser Politik zu übernehmen.

Die diesbezüglichen Vorbereitungen sind bereits angelaufen. Es wurde eine historische Chronologie zur Entstehung der Politik für den ländlichen Raum innerhalb der EU erstellt. Es wurde ebenfalls ein Dokumentenband zur Politik für den ländlichen Raum der EU-Mitgliedstaaten erarbeitet, den wir in den kommenden Jahren veröffentlichen werden. Ebenfalls habe ich eine Monographie mit dem Titel „Neue Politik für den ländlichen Raum“ verfasst, die wir in Kürze ebenfalls auf Englisch publizieren werden. Ich plane ebenfalls 2010 meine nächste Monographie mit dem Titel „Neue Entwicklung für den ländlichen Raum. Die Stellung der ländlichen Räume in der neuen Weltordnung“ fertigzustellen.

C) Veranstaltungen

Die Veranstaltungen des Europa Institutes Budapest verlaufen auch weiterhin ordnungsgemäß. Neben den an die einzelnen Projekte anlehnend stattfindenden großen Konferenzen, finden – nunmehr seit zwei Jahren – regelmäßig kleinere Kaffeerunde-Veranstaltungen statt. Im Herbst 2008 starteten wir eine Seminarreihe (insgesamt vier Seminare) zur Geschichte und den gegenwärtigen Konflikten der EU. Im Frühjahr 2009 organisierten wir zwei Seminare zu der jetzigen Weltwirtschaftskrise. An den Seminaren, die als Kaffeerunde-Veranstaltungen organisiert werden, nehmen jedes Mal 25-30 Personen teil. Die eingeladenen Gäste sind neben den Professoren des Institutes, den Stipendiaten und den Mitarbeitern, Professorenkollegen der Eötvös-Loránd-Universität und weiterer

Universitäten, der Ministerien bzw. eingeladenen Gäste aus den Reihen des Stammpublikums der großen Konferenzen.

Veranstaltungskalender in chronologischer Reihenfolge des Zeitraums zwischen dem 1. Juni 2008 und dem 30. Juni 2009:

24. Juni 2008 REGIERUNGSFORUM

Regierungsforum anlässlich des Abschlusses des Projektjahres 2007-2008 „Wasserbewirtschaftung im Karpatenbecken“

(Gemeinsame Veranstaltung des Amtes des Ministerpräsidenten, der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, bei der das Sozialforschungszentrum der UAW, das Zentrum für Balkanforschung und das Europa Institut Budapest vertreten waren)

24. Juni 2008 WERKSTATTKONFERENZ

Gründungssitzung des Lenkungsausschusses für Forschung des Projektes „Wasserbewirtschaftung im Karpatenbecken“

25. Juni 2008 BEIRATSSITZUNG

Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates

26–27. Juni 2008 KONFERENZ

Die Auflösung der Habsburger Monarchie – 90 Jahre danach

(Gemeinsame Veranstaltung des Europa Institutes Budapest und des Institutes für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und des Institutes für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien)

8. Juli 2008 WERKSTATTKONFERENZ

Europäische Minderheitenpolitik

(Gemeinsame Veranstaltung mit dem Programmkomitee der Nationalen Strategischen Forschungen der UAW)

11. Juli 2008 WERKSTATTKONFERENZ

Sitzung des Lenkungsausschusses für Forschung des Projektes „Der Balkan als strategische Region für Ungarn“

10. Oktober 2008 KONFERENZ

1918 – Die Wende und ihre Protagonisten. Die Herbstrosenrevolution in Retrospektive nach 90 Jahren

(Gemeinsame Veranstaltung des Institutes für Geschichte der UAW und des Europa Institutes Budapest)

30. Oktober 2008 WERKSTATTKONFERENZ

Dr. Jenő Horváth: Von der Gründung der Europäischen Union bis zur Einführung des Euros, 1992-1999

6. November 2008 WERKSTATTKONFERENZ

Dr. Krisztina Arató: Die „Glanzzeit“ der EU, 1999-2004

13. November 2008 WERKSTATTKONFERENZ

Dr. Zoltán Horváth: Die Europäische Union heute, 2004 folgend

20. November 2008 KONFERENZ

Die Balkanregion und die ungarische Außenpolitik

- (Gemeinsame Veranstaltung des Europa Institutes Budapest, des Zentrums für Balkanforschung und des Programmkomitees der Nationalen Strategischen Forschungen der UAW)
27. November 2008 KONFERENZ
Wasserbewirtschaftung und Regierungspolitik
 (Gemeinsame Veranstaltung des Europa Institutes Budapest und des Programmkomitees der Nationalen Strategischen Forschungen der UAW)
4. Dezember 2008 WERKSTATTKONFERENZ
Turčiansky Svätý Martin, Alba Iulia-Karlsburg, Budapest, Wien – 1918
 (Gemeinsame Veranstaltung des Institutes für Geschichte der UAW und des Europa Institutes Budapest)
13. Januar 2009 KONFERENZ
Das Zeitalter der Renaissance im Ostmitteleuropa des 16. Jahrhunderts
 (Gemeinsame Veranstaltung des Institutes für Geschichte der UAW und des Europa Institutes Budapest)
24. Februar 2009 WERKSTATTKONFERENZ
Sitzung des Lenkungsausschusses für Forschung des Projektes „Der Balkan als strategische Region für Ungarn“
26. Februar 2009 REGIERUNGSFORUM
Regierungsforum des Projektes „Wasserbewirtschaftung im Karpatenbecken“
 (Gemeinsame Veranstaltung des Amtes des Ministerpräsidenten, der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, bei der das Sozialforschungszentrum der UAW, das Zentrum für Balkanforschung und das Europa Institut Budapest vertreten waren)
26. Februar 2009 REGIERUNGSFORUM
Regierungsforum zur Diskussion der bisherigen Ergebnisse des Projektes „Der Balkan als strategische Region für Ungarn“
 (Gemeinsame Veranstaltung des Amtes des Ministerpräsidenten, der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, bei der das Sozialforschungszentrum der UAW, das Zentrum für Balkanforschung und das Europa Institut Budapest vertreten waren)
17. März 2009 WERKSTATTKONFERENZ
Sitzung des Lenkungsausschusses für Forschung des Projektes „Wasserbewirtschaftung im Karpatenbecken“
19. März 2009 WERKSTATTKONFERENZ
Prof. Mihály Simai: Die Herausforderungen des Kapitalismus in unserer Zeit
26. März 2009 REGIERUNGSFORUM
Regierungsforum anlässlich des Abschlusses des Projektjahres 2008-2009 „Der Balkan als strategische Region für Ungarn“
 (Gemeinsame Veranstaltung des Amtes des Ministerpräsidenten, der Unga-

rischen Akademie der Wissenschaften, bei der das Sozialforschungszentrum der UAW, das Zentrum für Balkanforschung und das Europa Institut Budapest vertreten waren)

8. Mai 2009 WERKSTATTKONFERENZ

Sitzung des Lenkungsausschusses für Forschung des Projektes „Wasserbewirtschaftung im Karpatenbecken“

Thema: Wasserbewirtschaftung und das europäische Donau-Projekt (2009-2010)

14–15. Mai 2009 KONFERENZ

Politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Elite der mittel- und osteuropäischen Staaten im 19. und 20. Jahrhundert

(Gemeinsame Veranstaltung der Ungarisch-Bulgarischen Historischen Kommission der UAW, des Institutes für Geschichte der UAW, des Institutes für Geschichte der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, der Universität Pécs, des Europa Institutes Budapest, des Zentrums für Balkanforschung, des Ungarischen Staatsarchivs und der Thallóczy-Stiftung)

19–20. Mai 2009 KONFERENZ

Ungarn und Rumänien im Zweiten Weltkrieg

(Gemeinsame Veranstaltung des Institutes für Geschichte, der Redaktionen der Zeitschriften „História“ sowie „Magazin Istoric“ und des Europa Institutes Budapest)

16. Juni 2009 KONFERENZ

Europa und die Donau

(Gemeinsame Veranstaltung des Europa Institutes Budapest und des Programmkomitees der Nationalen Strategischen Forschungen der UAW)

23. Juni 2009 WERKSTATTKONFERENZ

Prof. Béla Kádár: Die finanzielle Krise von heute

9. Juli 2009 WERKSTATTKONFERENZ

Sitzung des Lenkungsausschusses für Forschung des Projektes „Der Balkan als strategische Region für Ungarn“

Budapest, August 2009